Die beiden Anzeigen, die wir heute als Dokumente zur Zeitgeschichte veröffentlichen, stammen aus dem Jahr 1978. Sie gehören in den Zusammenhang eines in den Sechziger- und Siebzigerjahren heftig geführten Streites um die Bildungspolitik. (Siehe dazu gleich noch einen Beitrag von *NDR Info*.) Den beiden Anzeigen angefügt ist eine Notiz von mir, damals Abteilungsleiter im Bundeskanzleramt, mit der ich den damaligen Sprecher der Bundesregierung, Staatssekretär Klaus Bölling, auf die Anzeigen der Baden-Württembergischen Landesregierung aufmerksam machte und Schlüsse für die eigene Öffentlichkeitsarbeit empfahl. **Albrecht Müller**.

Es folgt der Hinweis auf den zuvor erwähnten Beitrag des NDR von 2022 über die Bildungsdebatte in den Sechziger- und Siebzigerjahren:

> **Wie viel Bildung für wen und wie? Der Streit in den 70ern**
> Stand: 28.12.2022 05:00 Uhr
> Die Zukunft der Bildung gehörte zu den strittigsten Themen der 70er-Jahre. Die SPD sah sie als Weg zu mehr Chancengerechtigkeit. Konservative fürchteten um den bürgerlichen Bildungskanon. Besonders umstritten waren die Gesamtschulen.
> von Ulrike Bosse, NDR Info ….

Ergänzende persönliche Anmerkung: In den Sechziger- und Siebzigerjahren des letzten Jahrhunderts war die bildungspolitische Situation auch noch in anderer Hinsicht grotesk. Man hat sich nicht nur über Gesamtschulen gestritten, sondern auch über die konfessionelle Ausrichtung. Ich war in Heidelberg und Umgebung zur Schule gegangen. Das gehörte zu Nordbaden. Dort gab es schon seit Jahrzehnten keine Konfessionsschulen mehr. Deshalb fühlte ich mich in einer anderen Welt, als es dann 1966 in München bei der Landtagswahl einen heftigen Streit über konfessionelle oder nicht konfessionelle Schulen miterlebte, wenige Jahre später dann übrigens auch noch im nordrhein-westfälischen Bonn.

Zum Streit über Konfessionsschulen gibt es einen recht guten Artikel des *Spiegel*.